



GS-UVEK, 3003 Bern

Kampagne für Entschuldung und Entschädigung
Im südlichen Afrika KEES
Frau Barbara Müller
c/o FEPA
Postfach 195
4005 Basel

Bern, 6. Dezember 2006

Sehr geehrte Frau Müller,

Ich danke Ihnen und den Unterzeichnenden für Ihren offenen Brief, den ich mit Interesse entgegen genommen habe.

Eine der Hauptkritiken an der offiziellen Schweiz betrifft die Tatsache, dass sie sich als eines der wenigen Länder den internationalen wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Südafrika während den 80-er Jahren nicht angeschlossen hat. In seiner Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss schrieb der Bundesrat 1997: *„Dass die Schweiz zu dieser Zeit die internationalen Sanktionen nicht umsetzte, ist nur aus der damals sicherlich klaren und in sich geschlossenen Haltung des Bundesrates, in erster Linie gestützt auf neutralitätspolitische Überlegungen in Bezug auf die Sanktionspolitik gegenüber Südafrika zu erklären. Diese Haltung erwies sich im Nachhinein zwar als aus der Zeit verständlich, jedoch auch als politisch nicht weitsichtig.“*

Was die Haltung von anderen in Ihrem Brief erwähnten Akteuren betrifft, hat der Bundesrat am 27. Oktober 2005 erklärt, dass er den Schlussbericht des NFP 42+ als wichtigen Beitrag zu einem vertieften Verständnis der historischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika begrüsst. Er äussert sich jedoch nicht zu den Ergebnissen der Untersuchungen.

Für seinen Teil konzentriert sich der Bundesrat seit dem Ende der 90-er Jahre auf eine zukunftsorientierte Politik und bringt dem von Südafrika selbst gewählten Weg der Versöhnung und des friedlichen Übergangs zur Demokratie grossen Respekt entgegen. Es ist dem Bundesrat ein Anliegen, Südafrika auf diesem Weg beizustehen und mit langfristigen Projekten die u. a. durch die Apartheid bedingte Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. Deshalb unterstützte die Schweiz 1997 als erstes Land weltweit den Entschädigungsfonds („President's Fund“) der „Truth and Reconciliation Commission“ (TRC) mit einem finanziellen Beitrag und stellte der TRC zwei Schweizer Experten zur Verfügung.



Durch ein Sonderprogramm mit Schwerpunkt Bildung, Landreform und Demokratie / Menschenrechte unterstützte die Schweiz zudem bis 2004 den Übergangsprozess und den Aufbau einer neuen Gesellschaft in Südafrika. Dieses Spezialprogramm ging 2004 in ein Regionalprogramm südliches Afrika mit den Schwerpunkten Gouvernanz, HIV/AIDS und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen über. Gemeinsam mit der Privatwirtschaft hat die Schweizer Regierung 2002 eine Stiftung eingerichtet, die sich für die Förderung von Schulen und Berufsbildung einsetzt. Die gesamte Entwicklungszusammenarbeit des Bundes belief sich 2005 auf 39. 2 Mio. Franken.

Heute sind die Beziehungen der Schweiz mit Südafrika sehr gut und ausgesprochen freundlich. Die zahlreichen hochrangigen bilateralen Kontakte in den vergangenen Jahren boten Gelegenheit, die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen ausführlich zu erörtern. Auch aus wirtschaftlicher Hinsicht sind die Beziehungen der Schweiz mit dem Kapstaat sehr gut: Für die Schweiz ist Südafrika der bei weitem wichtigste Markt auf dem afrikanischen Kontinent und platziert sich mit einem bilateralen Handelsvolumen von rund 1.73 Mia. Franken (2005) im breiten Mittelfeld unserer Handelspartner. Auf der anderen Seite sind die südafrikanischen Exporte in die Schweiz im Jahr 2003 um 39% und im Jahr 2004 um 17% angestiegen.

Der Bundesrat möchte daher die guten bilateralen Beziehungen zu Südafrika weiter vertiefen und damit einen zukunftsorientierten Beitrag für Südafrikas Entwicklung leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Moritz Leuenberger